

Hintergrund: Ukraine

14. Dezember 2016



Ukrainische Medien auf dem Kreuzweg

Juri Durkot

Das schwierige Umfeld für ukrainische Journalisten in der zweiten Jahreshälfte 2016: Ein dreister Mord an einem Journalisten mitten in Kiew; der Rücktritt des Direktors des (neuen) öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der ein Gegengewicht zu den interessengesteuerten Privatsendern sein sollte; nach wie vor mächtige Finanzgruppen, die den ukrainischen Fernsehmarkt dominieren; und das Aus einer der beliebtesten politischen Talkshows „Shuster LIVE“. Juri Durkot analysiert die schwierige Situation für die ukrainischen Medien im Spagat zwischen politischen und ökonomischen Interessen auf der einen sowie zwischen kritischer Berichterstattung und gefordertem „Patriotismus“ auf der anderen Seite.

Der unaufgeklärte Mord an Pawel Scheremet

Am frühen Morgen des 20. Juli wurde an einer Kreuzung im Kiewer Zentrum, etwa 200 Meter von der Deutschen Botschaft entfernt, eine Autobombe gezündet. Bei der gewaltigen Explosion hatte der Fahrer, Journalist der Internet-Zeitung „Ukrainska Prawda“ Pawel Scheremet, keine Chance. Die Eigentümerin, Mitbegründerin und Herausgeberin der Zeitung Olena Prytula, war nicht im Auto.

Der 44-jährige Scheremet wurde in Minsk geboren und begann seine journalistische Karriere in den 1990er Jahren beim belarussischen Fernsehen. Er gehörte zu den Kritikern des Lukaschenka-Regimes. Nach seiner Verhaftung und Verurteilung zu zwei Jahren auf Bewährung wegen angeblich illegalen Grenzübertritts ging er nach Moskau, wo er bis 2008 beim Sender ORT (heute Erster Kanal) zunächst als Moderator, später als Filmemacher arbeitete. Seit 2012 lebte er in Kiew. Auch in Russland und der Ukraine nahm der Journalist in seinen kritischen Beiträgen kein Blatt vor den Mund.

Der Mord sorgte in der gesamten ukrainischen Gesellschaft für Resonanz – und erweckt die Assoziation an den im Jahr 2000 ermordeten [Georgi Gongadze](#), auch Mitbegründer der „Ukrainska Prawda“. Obwohl die Täter dieses Mordes viele Jahre später verurteilt wurden, blieben die Drahtzieher bis heute im Dunkeln. Für die ukrainischen Behörden ist es nach eigener Aussage eine Ehrensache, den Mord an Scheremet schnell aufzuklären. Doch mehr als vier Monate später steht auf der Startseite von „Ukrainska Prawda“ neben dem Bild von Pawel Scheremet noch immer „Wir verlangen die Mörder zu finden“.



Banner zum Tod Pawel Scheremets auf der Homepage der Ukrainska Prawda (Quelle: www.pravda.com.ua)

Trotz der Hilfe des amerikanischen FBI bei der Sprengstoffexpertise und einer ausgesetzten Belohnung für relevante Informationen sind keine Ermittlungsergebnisse bekannt. Mit der Begründung, die Untersuchung nicht gefährden zu wollen, wurde eine Nachrichtensperre verhängt. Die Behörden sprechen vorsichtig von „Fortschritten“. Bis heute ist nur bekannt, dass die Ermittler vier Motive in Betracht ziehen: Scheremets berufliche Tätigkeit, persönliche Feindschaft, „die russische Spur“ (mit dem Ziel, die Situation in der Ukraine zu destabilisieren) und ein Anschlag auf die Fahrzeugeigentümerin Prytula.

Der einzige bekannte Hinweis ist ein zwei Tage nach dem Mord im Internet aufgetauchtes Video von Parkplatzkameras, das zeigt, wie zwei Personen vermutlich einen Sprengsatz unter dem Wagenboden anbringen. Eine zusätzliche Brisanz verleihen dem Fall die Aussagen von Journalisten der „Ukrainska Prawda“, sie seien über einen längeren Zeitraum hinweg abgehört worden. Auch Olena Prytula hatte angezeigt, „beobachtet“ zu werden.

Was wird aus dem Reformvorhaben öffentlich-rechtlicher Rundfunk?

Am 1. November trat der Generaldirektor der Nationalen Rundfunkanstalt NTKU (Nazionalna Teleradiokompanija Ukrainy) Zurab Alasania zurück. Als offiziellen Grund nannte der in Medienkreisen angesehene Manager die „katastrophale Budgetsituation“. In einem langen und emotionalen Interview für [„Ukrainska Prawda“](#) bemängelte er zudem, dass die Anstalt, zu der auch der Fernsehsender „Perschj“ (das Erste) gehört, nur zum Selbstzweck funktioniere. Für die Produktion von Inhalten blieben nur drei Prozent der Gesamtkosten. Zudem habe er aus seinem Budget auch noch den nächsten *Eurovision Song Contest* finanzieren sollen, der nach dem Sieg von Jamala 2017 in Kiew stattfinden wird.

Die Bedeutung von Alasantias Rücktritt reicht über die Reaktion eines durch bürokratische Blockaden entnervten Medienmanagers hinaus. Er war einer der Hoffnungsträger, die nach dem Eu-

romaidan einige zentrale Bereiche, darunter auch den staatlichen Rundfunk, reformieren sollten. Alasianas Nominierung ging von der Mediengemeinschaft aus – er war nicht nur als Journalist bei dem 2013 gegründeten Internet-Sender „Hromadske.tv“ bekannt, sondern zuvor Direktor des regionalen staatlichen Senders in Charkiw (2005-10).



Zurab Alasania
(Foto: Detektor Media)

Sein Abgang rückt eine aus anderen Bereichen hinlänglich bekannte Herausforderung in den Vordergrund: den Widerstand des „Systems“, also jenes undurchdringlichen und kaum überschaubaren Geflechts aus Abhängigkeiten, Einflüssen, bürokratischen Hindernissen, menschlichen Blockaden und Korruption. Selbst Premierminister Wolodymyr Groisman gab zu, dass der öffentlich-rechtliche Sender auf Widerstände stoße. Doch auch der politische Wille, einen unabhängigen öffentlich-rechtlichen Sender zuzulassen, ist fraglich. Mittlerweile haben viele Experten Zweifel, ob die Reform nicht gezielt untergraben wird. Zumal kein starker gesellschaftlicher

Druck zu spüren ist, was in der Ukraine in der Regel eine grundlegende Voraussetzung dafür ist, dass Reformen umgesetzt werden.

Der erste Versuch, einen öffentlich-rechtlichen Sender zu etablieren, wurde schon nach der Orangen Revolution unternommen. Auch nach dem Euromaidan ging es nicht zügig. Erst im März 2015 beschloss das ukrainische Parlament ein Änderungsgesetz zur Gründung der nationalen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt der Ukraine (*Natsionalna Suspilna Teleradiokompanija Ukrainy*, NSTU). Der neue Sender soll als öffentliche Aktiengesellschaft fungieren, mit dem Staat als hundertprozentigem Eigentümer des Aktienkapitals. Doch bereits die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft hat sich als schwierig erwiesen, unter anderem wegen der komplizierten Eigentumsverhältnisse des heutigen Senders mit insgesamt 32 Gesellschaften (davon 28 regionale Niederlassungen). Bis heute bleiben drei grundsätzliche Fragen ungeklärt: die Bewertung des Eigentums für die neue AG, die Satzung der NSTU und die Finanzierung für das kommende Jahr.

Der enge bürokratische Rahmen des Staatsbetriebs zeigt, vor welchen Herausforderungen potentielle Reformer stehen. Die über 7.000 Beschäftigten sind als Staatsbedienstete praktisch unkündbar, das durchschnittliche Monatsgehalt beträgt mit rund 2.500 Hrywnja weniger als 100 US-Dollar. Der Sender hat viele Liegenschaften, kann aber selbstständig nicht einmal einen Schuppen verkaufen, um damit die Produktion zu bezuschussen. Das System lädt zu einer doppelten Buchhaltung, schwarzen Kassen, Schleichwerbung und illegalen Machenschaften ein – und schafft Abhängigkeiten. In den Regionen werden diese Abhängigkeiten durch die teilweise verdeckte Finanzierung der Verwaltungen nur verstärkt. Oft gehören dort die Gebäude nicht den regionalen Sendern selbst, sondern werden von den lokalen Verwaltungen für einen symbolischen Preis verpachtet. Die Versuchung, diese Abhängigkeiten in politischen Einfluss umzumünzen, ist hier groß. In Kiew ist sie weniger ausgeprägt. Denn „Perschij“ hat grundsätzlich ein Imageproblem: Der Sender gilt selbst nach der begonnenen Modernisierung als verstaubt und kann es mit den finanziell deutlich besser ausgestatteten Privatsendern kaum aufnehmen. Obwohl er die beste Reichweite hat, liegt seine Zuschauerquote so bei unter einem Prozent ([Television Industry Committee](#)). Insofern wird er von den privaten Sendern gar nicht als Konkurrent mit Einfluss auf der nationalen Bühne wahrgenommen.

Vier mächtige Mediengruppen beherrschen das Privatfernsehen

Die Konkurrenz ist privates Fernsehen, das allerdings nicht gewinnbringend arbeiten muss. Die sechs wesentlichen Fernsehsender des Landes gehören zu vier führenden Mediengruppen, die im Besitz von fünf Oligarchen sind: „Ukraina“ gehört zu SCM (Eigentümer: Rinat Achmetow); 1+1 ist im Besitz von „1+1 Media“ von Ihor Kolomojski; STB, ICTV und „Novyj Kanal“ sind Teil von StarLightMedia (Viktor Pintschuk); und hinter „Inter“ stehen die DF Group (Dmytro Firtasch) und Serhij Ljowotschkin, der ehemalige Leiter der Präsidialverwaltung unter Ex-Präsident Janukowitsch. Der

dem gegenwärtigen Präsidenten gehörende „Kanal 5“ hat schlechte Einschaltquoten, die mit denen von „Perschjy“ vergleichbar sind. Das primäre Geschäft der Genannten liegt weder im Fernsehgeschäft noch in der Medienbranche, die in den letzten Jahren durch den Einbruch von Werbeeinnahmen extrem gelitten hat. Die Verdienstquellen sind Bergbau, Montanindustrie, Eisenproduktion, der Finanzsektor, Gas, Chemie, Maschinenbau oder Telekommunikation.

Diese Situation ermöglicht einen gewissen Pluralismus und Wettbewerb (auch weil die Sender zu verschiedenen Gruppen gehören), doch Berichterstattung zugunsten der eigenen Interessen und zum Schaden der Konkurrenz ist nicht selten. Obwohl die Redaktionen auch Spielraum in der Gestaltung der Programme haben, hängt die Redaktionspolitik von der aktuellen politischen Positionierung des Eigentümers ab. Das schlägt sich insbesondere in Wahlkampfzeiten nieder. Da die Geschäfte der Oligarchen zudem von der Unterstützung oder zumindest dem Wohlwollen der Regierung abhängig sind, nimmt man in der Regel von scharfer Kritik Abstand. Die großen Wirtschaftsgruppen können nicht in der Opposition zur Regierung und vor allem zum Präsidenten Geschäfte machen. Eine Analyse von [VoxUkraine](#) vom September 2016 zeigt entsprechend, dass in den Abendnachrichten der vier größten Sender (1+1, Inter, Ukraina, ICTV) nur 1,5 bis 2,4 Prozent der Nachrichten über Präsident Petro Poroschenko als kritisch eingestuft werden können.



Die Eigentumsverhältnisse im Privatfernsehen
(Quelle: http://static.ukrinform.com/photos/2016_04/1460287886-3906.jpg?0.8077528847486315)

Das Ende von „Shuster LIVE“

Wie schnell man in politische Interessenkonflikte hineingeraten kann – und wie schwierig es ist, mit einer kritischen politischen Sendung auf dem Medienmarkt zu bestehen – zeigt das Beispiel von Sawik Shuster.



„Shuster LIVE“ mit Publikum
(Foto: TOB "TPX" BIC" 2016)

Der aus Litauen stammende Journalist emigrierte Anfang der 1970er Jahre nach Kanada und machte sich als Kriegsreporter in Afghanistan in den 1980er Jahren und später als Redakteur bei *Radio Liberty* einen Namen. Er leitete zunächst deren Moskau-Büro und wechselte zum russischen „NTV“ bevor er 2005 der zunehmenden russischen Zensur die Einladung des Oligarchen Viktor Pintschuk in die Ukraine vorzog. In dessen Sender ICTV moderierte er eine ungewöhnlich lebhaft und kritische und deshalb sehr beliebte Talkshow, auch wenn er beschuldigt wurde, seine Talkshowgäste selektiv

auszuwählen. Die Sendung, die einige Namensänderungen durchlebte, wanderte quer durch die gesamte ukrainische Medienlandschaft. Zu verschiedenen Zeiten war sie auf ICTV, Inter, Ukraina, Perschjy, 1+1, Kanal 5 und kleineren Sendern zu sehen, bis sie auf 1+1 kurz vor der Sendung vom Netz genommen wurde. Zunächst wichen Schuster und sein Team auf den eigenen Spartensender 3S.tv aus und waren so zumindest über Satellit und im Internet zu empfangen. Man versuchte, sich über Zuschauerbeiträge zu finanzieren. Derweil leitete das Finanzamt gegen die Produktionsfirma ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung ein, und Schuster wurde die Arbeitserlaubnis ent-

zogen. Das hält kaum ein Beobachter für Zufall, weil Korruption auf höchster Ebene zuletzt immer wieder im Vordergrund der Sendung stand. Anfang Dezember verkündete 3S.tv, dass man aus finanziellen Gründen nicht weitermachen könne.

Ukrainische Medien und der Krieg im Donbass

Die Grenze zwischen unabhängiger und „patriotischer“ Berichterstattung ist für einige Journalisten, Aktivisten und Politiker problematisch. Umstritten ist auch, dass ukrainische Journalisten in die sog. Volksrepubliken bzw. auf die Krim fahren und von dort berichten.

Zwischen Medienfreiheit und Loyalität zum eigenen Land zu wählen kann eine Herausforderung sein. Insbesondere dem Sender „Inter“ wird prorussische Informationspolitik vorgeworfen. In der Silvesternacht 2014/2015 zeigte der eine russische Neujahrsshow mit zahlreichen Popsängern, die die Annexion der Krim öffentlich unterstützten. Nach einer Empörungswelle distanzierte sich die Redaktion der Abendnachrichten von der Sendung, jedoch nicht der Sender selbst. Im Februar 2016 platzte die damalige Chefredakteurin Maria Stoljarowa, eine russische Staatsbürgerin, versehentlich mit der abfälligen Bemerkung „Hört mit diesem Sch... auf!“ in eine Live-Schaltung vom Maidan zum Gedenken an die Opfer. Recherchen ergaben, dass Stoljarowa bereits 2014 in den sozialen Netzwerken die sog. Separatisten unterstützt und sich für den Einzug russischer Truppen ausgesprochen hatte. Sie wurde daraufhin des Landes verwiesen.

Ungeklärt sind eine Brandstiftung im „Inter“-Studio Anfang September 2016 sowie die anschließende kurze Blockade des Senders, verbunden mit der Forderung, ihm die Lizenz zu entziehen. Mit Lizenzentzug hatte „Inter“ zuvor bereits der Nationale Rundfunkrat gedroht, und auch im ukrainischen Parlament gab es dafür Unterstützung. Für Streit vor allem auf Facebook sorgte eine Folge einer Serie des Senders „Ukraina, in der Separatisten im Donbass positiv dargestellt werden, während sie einen Soldaten der „Kiewer faschistischen Junta“ gefangen nehmen.

Gegenwärtig kann „Inter“ weiter senden, was einerseits als Ausdruck von Meinungsfreiheit gewertet werden kann, andererseits aber die schwierige Grenze zwischen Medienfreiheit und Propaganda aufzeigt – und die aufgeheizte Stimmung in einem Land verdeutlicht, das sich in einem unerklärten und komplexen („hybriden“) Krieg befindet.

Juri Durkot ist freier Journalist, Übersetzer und TV-Produzent. Er lebt und arbeitet in Lemberg.

Lesetipps:

Erst kürzlich organisierte die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit im Rahmen ihres neuen Internationalen Journalisten- und Mediendialogprogramms eine Journalistenreise in die Ukraine. Den ausführlichen Bericht können Sie [hier](#) lesen.

Eine ausführliche Analyse zum öffentlichen-rechtlichen Rundfunk und zur Lage von Journalisten und Medien in der Ukraine bietet der Bericht von [Reporter ohne Grenzen](#) vom Juni 2016.

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)
Fachbereich Internationales
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam